

2024.SR.0209

Motion Fraktion SP/JUSO (Chandru Somasundaram, SP/Paula Zysset, JUSO): Finanzielle Hürden bei Einbürgerungen senken

Auftrag

Der Gemeinderat wird wie folgt beauftragt:

Auf die Gebührenerhebung gemäss Gebührenreglement GebR Anhang III 4.5.1, 4.5.2 und 4.5.3 ist zu verzichten. Das Reglement soll entsprechend angepasst werden.

Begründung

In der Stadt Bern leben mehr als 36'000 Menschen ohne Schweizer Pass, was nahezu einem Viertel der Stadtbevölkerung entspricht. Diese Personen leisten einen bedeutenden Beitrag zum gesellschaftlichen und politischen Leben, bereichern unsere urbane Vielfalt und tragen substantiell zum wirtschaftlichen Wohlstand bei. Trotz ihrer aktiven Partizipation bleiben sie vom demokratischen Prozess ausgeschlossen. Die Schweiz weist im internationalen Vergleich eine hohe Quote von Personen ohne Schweizer Staatsangehörigkeit auf. Dies ist primär auf das restriktive Einbürgerungsregime zurückzuführen. Insbesondere stellen die Einbürgerungsgebühren für Personen mit geringem Einkommen, die oftmals einen erheblichen Teil der ausländischen Bevölkerung ausmachen, eine unverhältnismässige Hürde für den Erwerb des Schweizer Passes dar. Anstatt die Schweizer Staatsbürgerschaft als exklusive Auszeichnung für besonders gut integrierte Personen zu betrachten, sollte sie vielmehr als Anerkennung der Zugehörigkeit zur Schweiz, als Garantie des Rechts auf politische Mitbestimmung und als Schutz vor potenziell willkürlichen behördlichen Massnahmen verstanden werden. Zudem stellen hohe Einbürgerungshürden in Zeiten des demografischen Wandels ein Zwar hat der Gemeinderat bei der letzten Revision des Gebührenreglements eine Senkung der Gebühren vorgenommen, jedoch müssen die Kosten gesamthaft auf allen Staatsebenen betrachtet werden. Eine Einbürgerung kann dabei bis zu CHF 1'650.– für eine Einzelperson kosten. Dies verunmöglicht gerade von Armut betroffenen Menschen, eine Einbürgerung auch nur in Betracht zu ziehen. Eine erleichterte Einbürgerung würde die Beteiligung der Bürger:innen auf allen Ebenen unserer Demokratie stärken, insbesondere im Hinblick auf das Milizsystem, das auf einer politischen Beteiligung ihrer Bevölkerung baut. Der gegenwärtige langwierige, kostenintensive und komplexe Prozess erschwert den Zugang zu einem fundamentalen demokratischen Recht und schwächt das Milizsystem. Eine offene und zugängliche Einbürgerungspraxis dagegen fördert die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Abschaffung der Einbürgerungsgebühren stellt daher einen wesentlichen Schritt dar, um die Partizipation und Inklusion zu erleichtern und somit unsere demokratischen Strukturen zu stärken. Der Gemeinderat wird daher beauftragt, die Einbürgerungsgebühren in der Stadt Bern zu erlassen.

Bern, 15. August 2024

Erstunterzeichnende: Chandru Somasundaram, Paula Zysset

Mitunterzeichnende: Cemal Özçelik, Laura Binz, Szabolcs Mihályi, Dominik Fitze, Barbara Keller, Emanuel Amrein, Mehmet Özdemir, Lukas Wegmüller, Lena Allenspach, Fuat Köçer, Halua Pinto de Magalhães, Barbara Nyffeler, Dominic Nellen, Nora Krummen